Viersener Volks-Zeitung

Deutsche Volks-Blätter

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis mit den wöchentlichen Beilagen „Katholisches Sonntags-Blatt“ und „Illustrierte Unterhaltungs-Beilage“ vierteljährlich 2.— Mark, monatlich 70 Pfennig, zahlbar im Voraus gegen Quittung.

Anzeigen werden die 48 mm breite Petitzeile mit 10 Pfennig berechnet, auswärtige mit 15 Pfennig. — Reklamezeilen, 96 mm breit, 50 Pfennig. Auskunfts- und Offertengebühren 25 Pfg. Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr Vormittags, größere Anzeigen tags zuvor.

Fernsprecher Nr. 1. Telegr.-Adr. Volkszeitung

Druck und Verlag: Gesellschaft für Druck und Verlag, G. m. b. H., Viersen

Geschäftsstelle in Viersen, Hauptstraße Nr. 20.

1907 Nr. 46 — Dienstag, den 26. Februar — 33. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 25. Februar 1907.

Der Reichstag ist zum Modeparlament geworden. Dieselben Kreise, die jahrelang auf ihn unter Aufwendung aller Lungenkraft geschimpft haben, reißen sich jetzt um die Tribünenkarten, und die Besetzung des Hauses ist auch aus jenen Parteien, die früher die hartnäckigsten Schwänzer stellten, überaus befriedigend. Dazu kommt ein Aufgebot an Räten und Beamten, wie man es früher niemals sah. Die Eröffnung der 1. Lesung des Etats ging heute mittag unter größter Spannung des Hauses vor sich. Vorher gab der Präsident Graf Stolberg Kenntnis von dem Empfange des Reichstagspräsidiums durch den Kaiser und teilte unter lebhaftem Beifall des Hauses mit, daß der frühere Präsident Graf Ballestrem ein von William Pape gemaltes Kaiserbild für die Präsidentenwohnung gestiftet habe. Nachdem dann ein schleuniger Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens des polnischen Abg. Dr. v. Chlapowski angenommen worden war, nahm das Wort zur

1. Lesung des Etats

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel, um dem Hause die übliche finanzpolitische Uebersicht zu geben. Er ging davon aus, daß das Jahr 1905 infolge der ungemein großen Einfuhr vor dem Inkrafttreten der neuen Zölle sehr günstig gewesen und 90 Mill. Mk. Mehreinnahmen aus den Zöllen gebracht habe. Die Reichsbehörden seien mit allem Nachdruck bemüht gewesen, keine Etatsüberschreitung zu machen und ein ungünstiges Bild biete nur die Zuckersteuer, die 17½ Mill. Mk. Mindererertrag gebracht habe. Im laufenden, mit dem Schluß nächsten Jahres zu Ende gehenden Etatsjahres dürften die Zolleinnahmen befriedigen, dahingegen würden die Einnahmen aus der Fahrkartensteuer sehr erheblich hinter den Erwartungen zurückbleiben. Die Mehrerträge aus der Brausteuer, der Frachturkunden- und der Zigarettensteuer dürften rund 12 Mill. Mk. ausmachen. Der Reichsschatzsekretär klagt dann darüber, daß die steigenden Vorschüsse für die soziale Gesetzgebung von Jahr zu Jahr stiegen, besonders bei der Unfallversicherung. Bei ihr werde an die Verstärkung des Betriebsfonds heranzugehen sein, auch wenn das Haus früher derartige Versuche abgelehnt habe. Alles in allem habe die Reichsfinanzreform eine wesentliche Besserung mit sich gebracht; ohne sie würde eine Besserung der Finanzverhältnisse des Reiches kaum mehr zu erreichen sein. Das neue Jahr stehe wieder vor größeren Schwierigkeiten, weil für die Witwen- und Waisenversicherung wiederum große Summen zurückgelegt werden müßten und ein Defizit von 43 Mill. Mk. bleibe. Man wolle aber eine neue Steuervorlage noch nicht einbringen, sondern erst die Entwickelung der Zoll- und Steuererträge abwarten. Trotz dieser traurigen Finanzlage hielt der Reichsschatzsekretär es aber für zulässig, sich zum Schlusse noch einmal für die Bewilligung der Ausgaben für die Kolonien zu begeistern und dann sprach er noch einmal seine Befriedigung darüber aus, daß es durch die Reichsfinanzreform gelungen sei, das chronische 100 Millionendefizit zu beseitigen.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) tritt der Grellmalerei des Reichsschatzsekretärs entgegen: Der Etat habe ein Defizit von 63 Mill. Mk. Die neue Anleihe von 264 Mill. Mk. werde wiederum auf den Geldmarkt sehr schwer drücken, zumal die letzte von 1906 noch nicht vollkommen untergebracht sei. Das Reich habe im Etat Ausgaben von 1550 Mill. Mk. Wenn man von diesen die 48 Mill. Mk. abziehe, die auf den Beschluß des Reichstages hin für die Witwen- und Waisenversicherung zurückgelegt werden, ferner die 50 Mill. Mk. für die Invalidenversicherung, dann bleibe für Kulturaufgaben nur noch ein verhältnismäßig geringer Betrag; alles übrige werde für die Zwecke der Machtstellung des Reiches aufgebraucht. Er betone das ausdrücklich, weil der Reichskanzler es im Wahlkampfe gewagt habe, es so hinzustellen, als habe der Reichstag nicht die Mittel bewilligen wollen, die für die Machtstellung des Reiches erforderlich seien (hört hört im Zentrum). 1080 Mill. Mk. würden bei uns jährlich für Heer und Marine aufgebraucht und dazu kämen noch 115 Mill. Mk. für die Kolonien, das alles bei einer Einnahme des Reiches von 1487 Mill. Mk. Das müsse man bedenken, wenn man sich der Tatsachen erinnere, daß für die Beamten nicht ausreichend gesorgt werde. Es sei leicht, zu sagen: Wir können jetzt für die Beamten nichts mehr tun. Tatsache sei doch, daß die Beamten mit ihren Gehältern jetzt nicht auskommen können und besonders in den unteren Klassen in die schwerste Bedrängnis geraten müßten, wenn einmal ein Unglück passiere, sogar schon, wenn ein Kind geboren werde (sehr wahr im Ztr. u. links). Dazu kämen die zahlreichen Arbeiterkategorien des Reiches. Der Redner protestiert dann gegen die Lobpreisung der Syndikate durch den preußischen Finanzminister im preuß. Abgeordnetenhause und wendet sich dann der Thronrede zu. Seine Partei sei entschlossen, die Fortführung der Sozialpolitik zu unterstützen und habe in diesem Sinne eine Anzahl Anträge und Interpellationen eingebracht, die für alle Stände das Erstrebenswerte verlangten und insbesondere auch für die Arbeiter den Schutz und Ausbau ihrer Rechte verlangten. Abg. Dr. Spahn wendet sich dann dem Reichskanzler zu, der inzwischen im Saale erschienen ist. Bülow habe von einer konservativ-liberalen Paarung gesprochen (Heiterkeit im Ztr.) und tatsächlich wolle man in der Politik eine Schwenkung vornehmen; denn der einzige Antrag, den die Thronrede in Aussicht stellte, sei der alte freisinnige gegen den Majestätsbeleidigungsparagraphen (Heiterkeit im Ztr.). Abg. Müller-Meiningen habe sich schon darüber gefreut, daß im neuen Reichstage keine Mehrheit für den Toleranzantrag mehr zu haben sein werde. Ein Freisinn, der uns Katholiken nicht nach unserer Ueberzeugung leben lassen wolle, sei ein sehr merkwürdiger Freisinn (Stürm. Heiterkeit im Ztr.). Wir wollen den religiösen Frieden, aber auch volle Gleichberechtigung, wie sie uns und unseren Orden z. B. in Preußen, Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg vorenthalten wird (Lebh. Beifall im Ztr.). Wenn der Reichskanzler geglaubt hat, sagen zu dürfen, uns hätte die Religion im Wahlkampfe zur Befriedigung unserer Machtgelüste gedient, so kann ich ihm nur sagen: das haben wir gar nicht nötig! (Lebh. Beifall im Ztr.) Das Vertrauen unserer Wähler besitzen wir nach wie vor, weil wir seit 30 Jahren ohne Parteiinteressen nur im vaterländischen Interesse gehandelt haben, immer für das Wohl des deutschen Volkes eingetreten sind. Abg. Spahn kommt dann auf die Korrespondenz des Flottenvereins und verliest darauf einige besonders bezeichnende Stellen. Als der Redner den Fall Eickhoff verliest, springt Abg. Liebert, der bekannte Häuptling des Vereins zur Beschimpfung der Sozialdemokratie auf mit der Frage: „Woher haben Sie das Material?“ Unter stürmischem Hohngelächter des Zentrums antwortet Abg. Spahn: „Aus den Zeitungen“. Er geht dann ein auf den Fall des Prinzen Salm, dem der Reichskanzler für die Wahl 30 000 Mk. zugesichert habe: Als seinerzeit dem Reichsamt des Innern 12 000 Mk. für die Agitation für die Zuchthausvorlage zur Verfügung gestellt worden sei, da sei die Regierung und sogar der Reichskanzler entschieden dagegen gewesen, und jetzt tue der Reichskanzler dasselbe, was er seinerzeit mißbilligt habe. Vielfach habe sogar die Auffassung bestanden, die 30 000 Mk. stammten aus dem Allerhöchsten Dispositionsfond.“ Die ganze Mache gegen das Zentrum, das Schimpfen an die antinationale Arroganz habe man nur beliebt, weil man durch sie den furor protestanticus habe entfachen wollen. Das habe derselbe Reichskanzler getan, der allein dem Zentrum alle seine bedeutenden Erfolge zu verdanken habe. Für Deutsch-Südwestafrika habe das Zentrum alles bewilligt, was erforderlich gewesen sei. Das sei wiederholt von zuständiger Stelle anerkannt worden. Gegenüber der Präsidentenwahl erklärt der Redner, der Präsident gehöre der stärksten Fraktion, das sei immer so gewesen, auch im Falle Ledebour, der in Gemeinschaft mit den Konservativen als Kandidat des Zentrums aufgestellt worden sei. Das Zentrum gräme sich nicht darüber, aber es müsse doch betonen: „der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht war und ist die Zentrumspartei“. Staat und Volk seien nur geborgen auf dem Fundamente des christlichen Staates und auf diesem Fundament werde das Zentrum unentwegt weiterarbeiten. (Lebh. Beifall.)

Abg. Bassermann (ntl.) leitet eine lange Polemik gegen das Zentrum mit einer weitschweifigen Auseinandersetzung über die Thronrede ein. Wenn gesagt worden sei, daß der Reichskanzler die Schlacht verloren habe, da ja das Zentrum in alter Stärke zurückgekehrt sei, so sei das falsch, auf die Schwächung des Zentrums sei es gar nicht abgesehen gewesen. Tatsache sei heute, daß für nationale Fragen eine Mehrheit vorhanden sei, und mit der Nebenregierung 2c. sei es nunmehr vorbei. (Lachen im Ztr.) Bei der Präsidentenwahl hätten die Dinge nicht anders kommen können, wenn nicht durch diese Wahl dem Volke ein Schlag ins Gesicht hätte versetzt werden sollen. Mit der Kolonialpolitik der Regierung sei seine Partei einverstanden. Sie begrüße die Wiedereinbringung aller Forderungen. Ueber das bischen Agitation des Flottenvereins (stürm. Hohngelächter im Ztr.) solle man nicht so viel Aufhebens machen, das Zentrum habe ganz andere Machtmittel, auch kirchliche in der Hand. Der Flottenverein sei vortrefflich, General Keim habe nur seine Aufgaben überschritten. Die Flottenvereinsbriefe seien gestohlen und mit solchen Briefen könne man keinen Staat machen. Sie zu verwenden sei Gemeinheit. Mit solchen Briefen könne man eine ganze Reihe von Leuten kompromittieren. Der Redner dankt dann dem Kolonialdirektor für seine Wahlreden und polemisiert dann gegen die Sozialdemokratie, denen er Artikel von Bernstein u. Calver entgegenhält. Gegenüber Spahn behauptet er, er sei kein Kulturkämpfer, aber wenn die Katholiken Grund zu Klagen wegen schlechter Behandlung zu haben glaubten, dann möchten sie den Toleranzantrag auf seinen ersten Teil beschränken. Der Redner wiederholt dann das Gerede von der Unterstützung der Sozialdemokratie durch das Zentrum, glaubt dann, daß angesichts des Wahlausfalles Ausnahmegesetze nicht nötig seien, daß vielmehr eine Pflege der Sozialpolitik ausreiche, und stellt dann eine lange Reihe von Wünschen aus allen möglichen und unmöglichen Gebieten auf.

Reichskanzler Fürst Bülow nimmt dann trotz vorgerückter Stunde noch das Wort, um seine Politik zu verteidigen. Er sei lange bestrebt gewesen, das Zentrum für eine fruchtbare innere Politik zu gewinnen, und in diesem Sinne habe er mit dem Zentrum den Ausbau der deutschen Flotte, den Zolltarif, die Handelsverträge, die Brüsseler Konvention, die Reichsfinanzreform, in Preußen die Kanalvorlage und die Bergarbeiternovelle zustande gebracht, aber alles lediglich, weil das ohne das Zentrum nicht möglich gewesen sei. Das Zentrum habe diese Stellung nicht in der richtigen Weise benutzt, und die Paarung Roeren-Singer vom 13. Dezember hätte ihn überzeugt, daß mit dem Zentrum nicht mehr auszukommen sei. Wenn gesagt worden sei, die Auflösung sei ein Produkt des persönlichen Regiments oder ein Verfassungsbruch, so erklärte er das für eine dreiste Unwahrheit. Wenn Spahn erklärt habe, der Wahlkampf sei durch Aufwühlung der religiösen Leidenschaften getrieben worden, so verweise er darauf, daß vom Zentrum die Behauptung verbreitet worden sei, die katholische Religion sei in Gefahr. Bei der Wahl selber habe es ihn mit lebhaftem Erstaunen und tiefem Bedauern erfüllt, daß das Zentrum mit der Sozialdemokratie zusammengegangen sei. Das Zentrum habe Ziele, die fast durchweg mit der Sozialdemokratie in Widerspruch ständen, und das sei ein schwerer politischer Fehler des Zentrums gewesen, mit dieser Partei zusammenzugehen. Er geht dann weiter auf den Flottenverein ein. Er sei nicht der Flottenverein. Wenn aber dieser Verein ihm seine Unterstützung leihe, so nehme er das an. Er bestrette entschieden, daß da Wahlbeeinflussungen vorgekommen seien. Keim habe in selbstloser und aufopfernder Weise sich patriotisch betätigt. Es handle sich bei den Angriffen um Briefe, die in schändlicher und schimpflicher Weise gestohlen seien. Wenn von persönlichen Angriffen Keims die Rede sei, so erinnere er besonders an die Wahlflugblätter der Sozialdemokratie und bitte, den Vergleich vom Splitter und Balken im Auge nicht vergessen zu wollen. (Lebh. Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das Haus vertagt dann die Weiterberatung auf morgen.

Rheinland und Westfalen.

* **Anrath**, 25. Febr. Der Fabrikant Jakob Krebs aus M.Gladbach kaufte für 115000 Mk. von der Rheinischen Bank in Mülheim a. d. Ruhr das in Anrath belegene große Fabrikanwesen der früheren durch Konkurs aufgelösten Wollenwerke Aktiengesellschaft. Die Rheinische Bank hat auf der Versteigerung im Jahre 1900 den gesamten Immobilienbesitz der Wollenwerke zu 328000 Mk. erworben.

* **M.Gladbach**, 25. Febr. Von der neulich gemeldeten Schmuggelaffäre weiß die Gl. Ztg. weiter zu berichten: Die Aufdeckung des Viehschmuggels an der deutsch-holländischen Grenze wird, wie man aus dem Heinsberger Kreise mitteilt, von der ländlichen Bevölkerung der Grenzbezirke mit großer Genugtuung aufgenommen. In diesen Kreisen herrschte seit Jahren eine starke Erbitterung über das Treiben der Schmuggler, durch das den Landwirten die Viehpreise nicht nur verdorben, sondern der Verkauf von Vieh zum Teil unmöglich gemacht wurde. Die Erbitterung der Landwirte ist ebenso berechtigt, wie ihre Freude darüber, daß die Polizei dem Treiben endlich ein Ende gemacht hat. Die Hauptmacher des schwunghaften Handels hat die Polizei in Waldenrath bereits in vorvergangener Nacht hinter Schloß und Riegel gesetzt. Es sind dies die Händler Gebrüder K. und der Händler Li., der sich, um der Verhaftung zu entgehen, in einer Kiste versteckt hielt. Der Verhaftung wohnte vor dem Hause eine große Menschenmenge bei, die von dem von einer Geschäftsreise zurückkehrenden Bruder des Li. erblickt wurde. In der ganz richtigen Annahme, daß zu Haus nicht „alles in Ordnung“ sei, wendete er sein Stahlrößlein, auf dem er angekommen war, und brachte sich jenseits der Grenze in Sicherheit. Bei der Verhaftung der „leitenden“ Persönlichkeiten fielen den Beamten, wie bereits kurz gemeldet, die Geschäftsbücher in die Hände, die ganz kaufmännisch aufgestellt waren und Einblick gewährten in die ungeahnt große Ausdehnung, die der Handel nahm. An Hand dieser wichtigen Dokumente war es der Behörde ein leichtes, die Helfer und Helfershelfer zu ermitteln und gerichtlich festzusetzen. Zu den am Freitag bereits gemachten Angaben ist noch hinzuzufügen, daß der „Verdienst“ für alle an der Geschichte beteiligten Personen ein recht guter war. Sehr hoch wurden auch die Treiber bezahlt, die den Orts- und Grenzschmuggel zu besorgen hatten. Sie erhielten für eine Nacht bis zu 14 und 16 Mk.; daß man mit diesen Preisen auf die schlauesten und geriebensten Personen spekulierte, ist klar. In der Tat scheint man diese auch gefunden zu haben, denn das „System“, nach dem der Schwindel betrieben wurde, grenzt nahezu an das Unglaubliche, und es wird, wie wir schon andeuteten, eben nur erklärbar durch die langjährigen Beziehungen zwischen den Händlern und den Beamten. Die Einführung von lebendem Vieh von Holland nach Deutschland ist verboten, und nur die Einführung von geschlachtetem Vieh ist unter gewissen Bedingungen gestattet. Selbst für den Verkehr mit Vieh zwischen den einzelnen Orten diesseits der Grenze sind, um allen Möglichkeiten vorzubeugen, überaus weitgreifende Vorsichtsmaßregeln getroffen. So wird alljährlich im Frühjahr, sobald die Tiere auf die Weide gebracht werden, für jedes Tier ein sogenannter Weideschein ausgestellt, der die genaue Beschreibung eines jeden auf die Weide gebrachten Stückes enthält. Dasselbe Verfahren wird angewendet, sobald Nachwuchs sich einstellt. Diese Scheine werden in Duplikaten ausgestellt, von denen das eine Exemplar die Ortsbehörde, das andere der Viehbesitzer bekommt. Auf diese Weise ist jederzeit eine Kontrolle möglich. Findet der Verkauf eines oder mehrerer dieser Tiere statt — z. B. eine Kuh aus Süsterseel wird nach Hünshoven verkauft und soll dorthin transportiert werden —, so ist es nötig, für die verkauften und zum Abtransport gelangenden Tiere einen oder mehrere Versendescheine zu lösen. Diese müssen in jeder Ortschaft, durch die der Transport geht, von der Behörde bescheinigt werden, deren Beauftragter den Zettel in Empfang nimmt und dafür einen Schein ausfüllt, der bis zum nächsten Orte Giltigkeit hat. Außerdem besteht die Vorschrift, daß die Tiere, für die der Versendeschein ausgestellt werden soll, der mit der Ausfüllung des Zettels beauftragten Person vorzuführen sind. In der Handhabung dieser Vorschriften scheint im Laufe der Zeit eine etwas weniger straffe Durchführung eingetreten zu sein. Wenigstens verlautet, daß man es mit der Vorführung der Tiere nicht mehr so genau nahm und sich vielfach auf die Wahrheit der Angaben der Händler und Treiber verließ. Die Folge war, daß die zur Nachkontrolle gezwungenen Behörden anderer Orte an der scharfen Ausübung ihrer Pflichten verhindert waren. Anderenteils soll es auch vorgekommen sein, daß die Ausstellung eines solchen Versendezettels nicht von der damit amtlich beauftragten Person, sondern von deren Frau oder einem Familienmitgliede besorgt wurde, wenn es dem Beauftragten gerade an der nötigen Zeit fehlte. Allmählich betrachtete man diese Einrichtung der Versendescheine offenbar als eine Formalität, die sich das Spekulantentum für sein verbrecherisches Treiben zunutze machte. So krieb sowohl der Schmuggel über die Grenze, als auch der unlautere Ab- und Durchtransport in den deutschen Grenzorten seine üppigsten Blüten, und dem Staate erwuchs insofern ein Schaden, als durch die unerlaubte Einführung des lebenden Viehs die erlaubte Einführung von geschlachteten Tieren und Fleischteilen beeinträchtigt wurde, was auf die Einnahmen der Zollstationen natürlich seine Rückwirkung hatte. Während dieser Schleichhandel von Ort zu Ort, anscheinend auf der ganzen Strecke Emmerich-Aachen, betrieben wurde und sich, wie gemeldet, auch bis nach M.Gladbach-Land u. a. in die Gemeinden Venn und Windberg erstreckte, wurde der eigentliche Grenzschmuggel hauptsächlich in der Gegend des sogenannten Echter Bosch, einer stark bewaldeten und bergigen Gegend, zwischen Neu-Haaren und Havert, und um Süsterseel-Gillrath stark betrieben. Die Behörde ist mit der Untersuchung der Angelegenheit stark beschäftigt, und im Interesse der Allgemeinheit ist es sehr zu begrüßen, daß in dem nicht ganz säuberlichen Winkel einmal gründlich aufgeräumt wird.

* **Glehn**, 25. Febr. Während des Hochamtes am Sonntag kamen zwei verdächtige Leute in die Klosterkirche. Ein Mädchen, das versuchte, sie in der Sakristei einzuschließen, wurde von ihnen überwältigt. Sie schnitten ihm zudem den Zopf ab und versetzten ihm einige glücklicherweise ungefährliche Stiche. In dem Handgemenge hatte sie einem der Burschen einen falschen Bart abgerissen, worauf sie von demselben geknebelt wurde. Die Kirchenräuber bemächtigten sich dann der hl. Gefäße, ließen jedoch, als Leute kamen, dieselben zurück und machten sich dann aus dem Staube. Bis jetzt hat man von ihnen keine Spur entdeckt.

* **Rheydt**, 25. Febr. Ein etwa 50jähriger Seidenweber, der mit dem Andrehen einer Kette beschäftigt war, kratzte sich vorige Woche am Kinn ein kleines Pöckchen auf, wodurch

Blutvergiftung entstand. Aerztliche Hülfe konnte nichts mehr ausrichten; innerhalb zwei Tagen war der Mann eine Leiche.

* **Düsseldorf,** 25. Febr. Die Polizeibehörde beschlagnahmte bei einem hier wohnenden Anarchisten eine Anzahl Nummern der anarchistischen Wochenschrift „Das freie Wort" wegen antimilitärischer Hetzartikel.

* **Bendorf,** 25. Febr. Ein schweres Unglück hat hier der orkanartige Sturm der letzten Tage im Gefolge gehabt. Unterhalb der Rheinwerft hierselbst, die von der Mühlenhofener Hütte erbaut wird, stürzte das schwere Dach eines Schuppens auf zwei dort beschäftigte Maurerleute. Schwer verletzt wurden beide in das Bendorfer Krankenhaus transportiert. Die Verletzten sind die Gebrüder Josef und Johann Saal. Ersterer erlitt einen Schädelbruch und wird wohl zeitlebens arbeitsunfähig bleiben. Letzterer kam mit einigen Hautabschürfungen und einer Verstauchung des Fußes davon.

* **Essen,** 25. Febr. In einem hiesigen Lokal wurden zwei Spielergesellschaften ausgehoben, die um erhebliche Beträge spielten.

* **Velbert,** 25. Febr. In Richrath setzte sich ein sechsjähriger Junge auf den Deckel eines mit kochendem Wasser gefüllten Waschkessels. Der Deckel brach zusammen und der Knabe stürzte in den Kessel. Er verbrannte sich derart schwer, daß er starb.

* **Köln,** 25. Febr. Bei den Eheleuten Franzen in der Krefelderstraße wohnte ein Leutnant, um dessen Bedienung sich außer dem Burschen die Tochter bemühte. Als letztere in dem Schubfach der Kommode einen neuen Schlips des Leutnants bemerkte, rief sie die Putzfrau herbei, um die Krawatte in Augenschein zu nehmen. Das Mädchen nahm einen in der Schublade liegenden Revolver, der losging und die Putzfrau durch die Nase in die Schädeldecke traf. Vor dem Schöffengericht hatte sich das Mädchen dieserhalb zu verantworten. Das Mädchen wurde freigesprochen. Ob einem anderen eine Schuld treffe, habe das Gericht nicht zu untersuchen.

* **Trier,** 25. Febr. In einem Schieferbruch zu Fell wurde durch niedergehende Steinmassen ein Arbeiter getötet.

* **Mülheim** (Rhein), 25. Febr. Ein hiesiger Regierungssekretär, der am vorigen Sonntag spornstreichs aus einem Restaurant am Heinzelmännchenbrunnen in Köln zum dortigen Bahnhof eilte, um den nächsten nach Mülheim fahrenden Zug zu erreichen, sah sich bald von zwei Burschen verfolgt, die ihm mit dem Rufe: „Haltet den Dieb!" nacheilten. Trotz der energischen Abwehr ließen die beiden von ihrem Opfer nicht locker, eilten ihm vielmehr in den Bahnhof nach und erreichten schließlich, daß ein Schutzmann unseren Mitbürger angesichts des abdampfenden Zuges verhaftete. Auf der Wachtstube war man eben dabei, die Personalien des Herrn aufzunehmen, da erschien der bestohlene Wirt auf der Bildfläche. Als er den Häftling erschaute, machte er ein enttäuschtes Gesicht und rief: „Dat es e jo gar nit!" Zu gleicher Zeit hatten sich die beiden bösen Buben gedrückt.

* **Wattenscheid,** 25. Febr. In der Gemeinde Günnigfeld wurde heute morgen auf dem Geleise der Strecke Bochum-Wattenscheid-rhein. die Leiche eines überfahrenen und gänzlich zermalmten Mannes aufgefunden. Der Kopf der Leiche wurde im Chausseegraben gefunden. Die Persönlichkeit des Verunglückten konnte noch nicht festgestellt werden.

* **Bochum,** 25. Febr. Heute morgen haben Streckenwärter auf der Strecke Bochum-Wattenscheid eine schrecklich verstümmelte männliche Leiche gefunden. Einzelne Körperteile lagen in der Nähe. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht ermittelt.

* **Gelsenkirchen,** 25. Febr. Auf Zeche Alma geriet ein Maschinist in das Getriebe des Brechwerkes und wurde zerdrückt.

* **Haspe,** 25. Febr. Von den auf dem Haspener Eisen- und Stahlwerk Verunglückten ist heute Nacht abermals ein Arbeiter, der 20jährige Schlosser Paul Rödiger, im Krankenhause gestorben. Damit ist die Zahl der Toten auf vier gestiegen.

* **Bockhorst,** 25. Febr. In der Frühe des 20. Februar richtete eine aus dem Nordwesten herüberkommende Windhose hier schreckliche Verheerungen an. Ein großes Bauernhaus warf sie ganz um, ein anderes wurde des ganzen Daches beraubt. Alle Häuser haben mehr oder weniger Schaden gelitten. Bäume im Durchmesser von über 50 Zentimeter sind abgedreht, viele andere entwurzelt. An mehreren Stellen entstand laut „Ems-Zeitung" Feuer, welches jedoch rechtzeitig gedämpft wurde.

* **Wellingholzhausen,** 25. Febr. Der Arbeiter Osthoff wurde auf dem Wege von Borgholzhausen nach Wellingholzhausen erfroren aufgefunden. Osthoff arbeitete in Borgholzhausen und wird am Abend im Kampfe mit dem Unwetter ermüdet sein. Belebungsversuche waren erfolglos.

* **Aus dem Sauerlande,** 25. Febr. Infolge der anhaltenden Niederschläge ist bei Mühlen-Rahmede der 2 Meter breite Damm eines großen Fischteiches durchbrochen und hat zwei tiefer liegende Fischteiche überflutet. Das Wasser ergoß sich mit großer Wucht in das Rahmedetal, in den großen Sammelteich des Fabrikanten Dürre. Das an dem Teich stehende Fabrikgebäude, in dem eine Feindrahtzieherei betrieben wird, wurde unter Wasser gesetzt. Das gesamte Mobilar und die Arbeitsmaschinen wurden verschlammt und unbrauchbar gemacht. Die Bewohner des Fabrikgebäudes konnten nur mit knapper Not das Leben retten. Der Gesamtschaden wird auf 25—30000 Mark geschätzt.

* **Salmrohr,** 25. Febr. Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich vorgestern abend in unserem Nachbarorte Dreis. Ein Wiesenwärter stürzte in der Dunkelheit, von dem Schlosse kommend, so unglücklich, daß er bewußtlos nach seiner Wohnung geschafft werden mußte. Dort starb der Verunglückte, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

* **Alsdaden,** 25. Febr. Die von ihrem Sohn bei einem Streit schwer verletzte Frau Kaliepoth ist ihren Verletzungen erlegen.

* **St. Johann,** 25. Febr. Die Sammlung für die Hinterbliebenen der Opfer auf der Grube Reden hat bisher eine halbe Million überschritten. Es wurden insgesamt 550,000 Mark gesammelt.

Versammlung der Stadtverordneten zu Viersen

Montag, den 25. Februar 1907, nachmittags 4½ Uhr.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Stern waren anwesend die Stadtverordneten Greef, Schaub, Mengen, Schiffer, Brauers, Götzkes, Togrund, Spielhofen, Genenger, Peters, Better, Rahser, Corty, Zahn, Wilden, Schnitzler, Preyer, Wentges und Hilgers. Es fehlten die Stadtverordneten Lüpges, de Joncheere, Hamm, Dohmesen und Kaiser.

1) Genehmigung von Verträgen über die Verpachtung des angekauften Gartens an der Löhstraße.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Verträge mit den bisherigen Pächtern des von Herrn Kreutzer seitens der Stadt angekauften Gartens an der Löhstraße. Die Pachtpreise schwanken zwischen 0,60 bis 1,00 Mk. pro Ruthe.

2) Erbreiterung der Brücke über den Bach bei der Färberei Schildberg.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nach dem Antrage des Bauausschusses die Erbreiterung der Brücke über den Bach bei der Färberei Schildberg. Die Reinigung des Baches soll jährlich dreimal, statt wie bisher zweimal, erfolgen. Man hofft dadurch, die größten Uebelstände zu beseitigen, die von den Antragstellern auf Regelung der Vorflut seiner Zeit beklagt wurden. Die Kosten betragen nach dem Voranschlage des Stadtbaumeisters ca. 2500 Mk. Auf Anfrage des Stadtverordneten Wentges erklärt der Vorsitzende, daß die Angrenzer des Baches auf ihre Kosten den aus dem Bach herausgeschlagenen Schlamm zu beseitigen haben.

3) Feststellung der Rechnung des Gymnasiums für 1905.

Die Rechnung des Gymnasiums wird nach dem Vorschlage des Verwaltungsrates in Einnahme und Ausgabe auf 86 978,01 Mk. festgestellt. Die Rücklage bei der Sparkasse aus dem Ueberschuß der Rechnung beträgt 4220,44 Mk. Diese Rücklage dient dazu, um etwaige Fehlbeträge in späteren Jahren zu decken. Den beteiligten Beamten wird Entlastung erteilt.

4) Bericht über den Stand und die Verwaltung des Armenwesens im abgelaufenen Vierteljahr.

Der Vorsitzende berichtet, daß auch im abgelaufenen Vierteljahre (1. Oktober bis 31. Dezember 1906) die Verhältnisse bei der Armenverwaltung günstig waren. In den neun Monaten des laufenden Rechnungsjahres betrug der Zuschuß der Stadt 3200 Mk. weniger wie in der gleichen Zeit des vorigen Rechnungsjahres. Die Stadtverordnetenversammlung ist mit dem Bericht einverstanden.

5) Ankauf des Hauses der Erben Potzler in Ummer für die Armenverwaltung.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt den Vertrag betreff. Ankauf des Hauses der Erben Potzler in Ummer für die Armenverwaltung zum Preise von 3386 Mk.

6) Teuerungszulage für die verheirateten Beamten mit Kindern.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nach dem Vorschlage des Finanzausschusses, daß den verheirateten Beamten und Angestellten der Stadt einschließlich der Betriebsverwaltung mit einem Einkommen unter 3000 Mk. jährlich, sofern sie noch Kinder zu unterhalten haben, eine Teuerungszulage in der Höhe eines halben Monatsgehaltes gewährt werde. Es erwächst dadurch der Stadt eine Ausgabe von 1915,27 Mk.

7) Befestigung der Fahrbahn in der Königs-Allee in Stampf-Asphalt.

Vors.: Meine Herren! Im vorigen Jahre ist die Kasinostraße in Stampf-Asphalt befestigt worden. Wir haben den Versuch nur mit einer Straße gemacht, um zu sehen, wie sich diese Straßenbefestigung bewährt. In der Anleihe, die die Verbesserung der Straßen vorsieht, ist ein Betrag vorgesehen für die Königs-Allee, Lindenstraße, Bleichstraße und Löhstraße. Die Bleichstraße und der Eingang der Löhstraße sollen nach einem früheren Beschlusse gepflastert werden. Es bleiben noch die Lindenstraße und die Königs-Allee übrig. Da es jeder als eine große Annehmlichkeit betrachten wird, wenn eine Befestigung wie in der Kasinostraße auch in anderen Straßen eingeführt wird, habe ich es für angebracht erachtet, dem Bauausschuß die Frage vorzulegen, ob mit der Asphaltierung nicht weiter gefahren werden solle. Der Bauausschuß hat beantragt, in diesem Jahre die Fahrbahn der Königs-Allee in Stampf-Asphalt zu befestigen. Die 9 Mk. übersteigenden Kosten pro Quadratmeter sollen von den Angrenzern eingezogen werden. In der Kasinostraße beliefen sich die Gesamtkosten pro Quadratmeter auf rund 13 Mk. Es waren also rund 4 Mark pro Quadratmeter von den Anschießenden zu zahlen. Das laufende Meter Front in der Kasinostraße ist dementsprechend auf 19,36 Mk. zu Lasten der Anschießenden ausgerechnet worden. Bei der Königs-Allee wird dieser Betrag geringer sein, weil sie nicht so breit ist. Das laufende Meter dürfte die Anschießer ca. 15 Mk. kosten. Was die Ausführung der Anlage angeht, so hat sich die Firma Rheinische Asphalt-Gesellschaft erboten, die Ausführung zu demselben Preis und denselben Bedingungen zu übernehmen, wie bei der Kasinostraße. Eine andere Firma ist in der Zwischenzeit an mich herangetreten und hat einen etwas geringeren Betrag gefordert. Ich glaube, sie hat den Quadratmeter 70 Pfg. billiger angeboten. Es wird Sache des Bauausschusses sein, diese Angelegenheit zu überlegen.

Stadtv. Mengen macht darauf aufmerksam, daß es ihm den Eindruck mache, daß die Kasinostraße recht mittelmäßig gearbeitet sei. Sie bleibe nicht so liegen, wie sie anfangs war.

Stadtv. Wentges ist auch der Ansicht, daß die Kasinostraße ganz bedeutende Mängel habe. Er bittet den Bauausschuß bringend, die Ausführung der Kasinostraße zu prüfen.

Der Vorsitzende erklärt, nach dem starken Frost seien in der Kasinostraße einige getinge Risse entstanden. Er habe den Unternehmer darauf aufmerksam gemacht. Dieser sagte, der Asphalt reiße nicht, sondern nur der Beton. Das geschehe immer bei starkem Frost. Die Risse würden mit Kitt zugemacht, sobald die Sonne heraus käme. Der Unternehmer ist verpflichtet die Straße 5 Jahre zu unterhalten.

Der Vorsitzende erklärt weiter, er habe den Unternehmer auch darauf aufmerksam gemacht, daß die Neigung der Fahrbahn nicht überall gleichmäßig sei. Bei der geringen Neigung der Fahrbahn seien nur Teile von einem Millimeter notwendig, um das Wasser nicht abfließen zu lassen.

Stadtv. Wentges hält dem entgegen, daß die Sache nicht so unbedeutend sei. Bei der Witwe Heinrichs seien zum Beispiel bei starkem Regen die Geleise der Straßenbahn überschwemmt. Weiter fragt Redner an, ob die Anschießenden verpflichtet seien, die ganze Straßenfläche, die durch Wegfall der Basaltpflasterung viel größer geworden sei, zu reinigen.

Der Vorsitzende führt aus, diese Verpflichtung habe auch früher bestanden, sie sei nur nicht verlangt worden, weil bei Basalt die Reinigung schwieriger sei. Nach dem bestehenden Ortsstatut habe jeder Anschießer die Straße bis zur Mittellinie zu kehren. Wo noch Kleinschlag sei, würden die Leute nicht in der Weise zu dieser Verpflichtung angehalten wie in der Kasinostraße. Was den Fall bei der Witwe Heinrichs angehe, so habe der Unternehmer gesagt, daß nicht ihn, sondern den Bahnunternehmer die Schuld treffe. Wo das Geleise endigt, hätte ein Kasten eingelassen werden müssen, der Anschluß an den Kanal hat. Der Vorsitzende versichert, daß das nachträglich gemacht wird.

Stadtv. Hilgers ist nicht dafür, daß die Entschuldigungsgründe der Rheinischen Asphalt-Gesellschaft ohne weiteres anerkannt werden, sondern er bittet den Bauausschuß, die Angelegenheit durch Sachverständige prüfen zu lassen. Mit Rücksicht darauf, daß die Straßenreinigung in der Kasinostraße außerordentlich schwierig und mühsam sei und zudem täglich zu geschehen habe, regt Redner an, daß die Reinigung seitens der Stadt auf Kosten der Anschießenden vorgenommen werde, wie das auch in anderen Städten geschehe.

Der Vorsitzende hält die Anregung des Herrn Hilgers für richtig, glaubt aber, daß ihre Durchführung sehr schwierig sei, da man für die Casinostraße allein keine Reinigungskolonne bilden könne. Wenn die Königsallee dazu käme, wäre das vielleicht möglich. Jedenfalls sei es notwendig, daß die Angrenzer sich mit der Stadt einigten über die Reinigung. Die Stadt sei nicht ohne weiteres berechtigt, die Verpflichtung der Angrenzer ohne Entschädigung zu übernehmen. Das wäre eine Benachteiligung der übrigen Bürger.

Stadtv. Wentges bittet, daß man sich in der Angelegenheit einmal nach Uerdingen wende, wo eine Kehrmaschine in Gebrauch sei.

Der Vorsitzende ist der Ansicht, daß sie die Angelegenheit ohne Zwang nicht in befriedigender Weise lösen lasse.

Stadtv. Genenger gibt zu erwägen, ob die Beiträge der Anschießenden zu den Asphaltierungskosten nicht in Raten gezahlt werden könnten.

Der Vorsitzende erklärt, daß der Bauausschuß diesem Wunsche wohlwollend gegenüber stehe, wenn solche Anträge gestellt würden. Selbstverständlich müsse der Betrag zu 4 Proz. verzinst werden.

Stadtv. Better ersucht die Herren, die die Asphaltierung in der Casinostraße zu prüfen haben, erst die Asphaltstraßen in Krefeld und Düsseldorf zu besichtigen, damit sie sich ein Bild machen könnten, wie solche Straßen aussehen müssen.

Stadtv. Spielhofen erwähnt, daß sich die Asphaltierung in Düsseldorf in den Straßen mit Straßenbahn sehr schlecht bewährt habe. Es seien dort in der Königsallee jedes Jahr große Reparaturen nötig.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß sich die Sache in Köln und Bonn sehr gut bewährt habe. Dem Vorschlage des Stadtverordneten Better, daß der Bauausschuß die Straßen in Krefeld u. Düsseldorf besichtigen solle, stimmt er zu.

Stadtv. Hilgers führt die häufigen Reparaturen der Königs-Allee in Düsseldorf auf die unterirdische Stromführung zurück.

Stadtv. Better ist der Ansicht, daß die Uebelstände auf der Casinostraße auf die fortwährenden Stockungen bei der Asphaltierung zurückzuführen seien.

Der Vorsitzende stimmt diesen Ausführungen zu.

Stadtv. Hilgers bringt Klagen von Anwohnern der Kasinostraße vor, daß ihnen die Rinn- und Pflastersteine ohne Anrechnung weggenommen wurden.

Der Vorsitzende sagt nach längerer Diskussion, an der sich die Stadtverordneten Hilgers, Better, Schaub, Wentges und Corty beteiligten, zu, daß die Steine auf dem städtischen Lagerplatz von den Anschießern der Casinostraße abgeholt werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Fahrbahn der Königs-Allee in Stampf-Asphalt zu befestigen und ersucht den Bauausschuß, eine Besichtigung der Casinostraße vorzunehmen unter Hinzuziehung von Sachverständigen, in erster Linie des Stadtbaumeisters.

8) Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten betreffend Abänderung des § 6 der Hundesteuer-Ordnung.

Der § 6 der Hundesteuerordnung, die kürzlich von der Stadtverordnetenversammlung abgeändert wurde, lautete bis jetzt: Wer sich durch Verheimlichung eines Hundes der Hundesteuer zu entziehen sucht, verfällt einer Strafe bis zu 30 Mk. Nach Mitteilung des Vorsitzenden hat der Regierungspräsident geschrieben, daß dieser § auf Grund eines Ministerialerlasses vom 4. Dezember 1906 folgenden Wortlaut haben soll: Zuwiderhandlungen gegen die Hundesteuerordnung ziehen eine Bestrafung bis zur Höhe von 30 Mark nach sich.

Die Stadtverordnetenversammlung ist mit dieser Abänderung einverstanden. Die Erhöhung der Hundesteuer von 6 auf 15 Mark bleibt bestehen.

9) Errichtung einer Lehrer- und Lehrerinnenstelle bei der Schule zu Oberbeberich u. Umwandlung einer Lehrerinnenstelle bei der Schule zu Hoser in eine Lehrerstelle.

Vorsitzender: Mit Ostern dieses Jahres können die beiden Säle bei der Schule in Oberbeberich in Benutzung genommen werden. Es müssen daher 2 Lehrerstellen bewilligt werden. Der Schulvorstand beantragt, in Oberbeberich eine Lehrer- und eine Lehrerinstelle zu errichten, sodaß die Schule in Oberbeberich eine 4klassige Schule mit 3 Lehrern und einer Lehrerin sein wird. Eine Lehrerin an diese Schule ist wünschenswert, damit sie den Handarbeitsunterricht erteilen kann. Weiterhin hat der Schulvorstand von Hoser beantragt, daß eine dortige Lehrerinstelle in eine Lehrerstelle umgewandelt werden soll. Eine der beiden Lehrerinnen von Hoser soll nach Oberbeberich gehen. Ein Uebereinkommen ist zwischen den beiden Lehrerinnen zu stande gekommen. Die Hilfsklasse in Bockert muß bleiben, da die dortige Schule nach Ostern 171 Kindern haben wird. Diese lassen sich in 2 Klassen nicht unterrichten. Die Schülerzahl in Oberbeberich würde von Ostern ab 208 betragen. Außerdem sollen noch einige Kinder, die jetzt die katholische Schule in Unterbeberich besuchen, nach Oberbeberich überwiesen werden. Nach der Schule in Unterbeberich sollen die Kinder aus der Bachstraße in Hamm überwiesen werden.

Stadtv. Wentges fragt an, ob der Beschluß über die Umwandlung der Lehrerinstelle zu Hoser in eine Lehrerstelle vom Schulvorstand einstimmig gefaßt worden sei. Man befürchte, daß es durch die Umwandlung wieder zu früheren unangenehmen Verhältnissen kommen könnte.

Der Vorsitzende erwidert, daß der Beschluß des Schulvorstandes in Hoser einstimmig in 2 Sitzungen gefaßt worden sei. Die erste Sitzung sei am 5. Februar gewesen. Nachdem ihm etwas zu Ohren gekommen sei, habe er den Schulvorstand von Hoser gestern nochmals zu einer Sitzung zusammen gerufen, in der der frühere Beschluß auf Umwandlung einer Lehrerinstelle in eine Lehrerstelle einstimmig aufrecht erhalten wurde. Die Gliederung der Schule sei Sache des Schulvorstandes. Des Schulvorstandes Sache sei es, ob wir gemischte Klassen haben. Das habe mit der Umwandlung der Lehrerinstelle nichts zu tun. Für die Folge habe der Schulvorstand zu beschließen, ob alle 4 Klassen gemischt sein sollen.

Stadtv. Zahn spricht sich für den Antrag des Schulvorstandes aus. Eine Umwandlung einer 3klassigen Schule in eine 4klassige Schule liege ganz unzweifelhaft im Interesse des Unterrichtes.

Stadtv. Hilgers glaubt, daß man, wenn möglich, noch etwas mehr auf das Gefühl der Bewohner von Hoser Rücksicht nehmen und die bisherigen Verhältnisse belassen solle. Wenn der Schulvorstand jedoch für die Umwandlung sei, habe er nichts dagegen.

Der Vorsitzende weist nochmals darauf hin, daß die Umwandlung der Lehrerstelle in eine Lehrerinstelle nur aus unterrichtlichen Gründen erfolge. Man sage, es sei zweckdienlicher, daß der Unterricht von einem Lehrer gegeben werde. Der Schulvorstand habe die Sache zweimal beraten. Er (der Vorsitzende) habe weder nach der einen noch nach der anderen Seite gewirkt. Wenn in anderen Sektionen keine Klagen gekommen seien, wo bisher Knaben und Mädchen zusammen unterrichtet wurden, werde das auch in Hoser nicht der Fall sein.

Stadtv. Wilden betont die Frage, ob es zweckmäßig sei, die Geschlechter zu trennen oder nicht, ob also in Hoser ein 4stufiges System eingeführt werden solle oder nicht, sei eine grundsätzliche Frage, über die die Stadtverordneten sehr geteilter Meinung sein werden. Diese Frage beschäftige aber hier das Kollegium nicht, darum möge man sie auch nicht länger erörtern. Es sei nur die Frage zur Diskussion gestellt, ob die Lehrerinstelle in eine Lehrerstelle umgewandelt werden solle oder nicht. Er stimme den Ausführungen des Herrn Hilgers im Allgemeinen zu, wenn aber der Schulvorstand von Hoser den Beschluß einstimmig gefaßt habe, könne man dagegen nichts sagen. Der Schulvorstand in Hoser müsse die dortigen Verhältnisse besser kennen.

Stadtv. Greef stimmt den Schlußausführungen des Hrn. Wilden zu.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Errichtung einer Lehrer- und Lehrerinnenstelle bei der Schule zu Oberbeberich und Umwandlung einer Lehrerinstelle bei der Schule zu Hoser in eine Lehrerstelle.

10) Berufung des Gasinspektors Johae aus M.Gladbach als Direktor der Gasanstalt.

Gegen die Berufung des Gasinspektors Johae aus M.-Gladbach zum Direktor der Gasanstalt hat die Stadtverordnetenversammlung nichts einzuwenden. Die Anstellung erfolgt am 1. April auf 3monatliche Kündigung wie bei allen technischen Beamten. Das Gehalt beträgt Mk. 4200, außerdem freie Dienstwohnung, Licht und Brand.

11) Ortsstatut betr. Müllabfuhr.

Der Vorsitzende macht Mitteilung von einem Schreiben des Vorstandes des Haus- und Grundbesitzervereines, in dem dieser erklärt, daß er seinen Antrag auf Uebernahme der Müllabfuhr auf die Stadt zurückziehe, wenn der Artikel 6 des am 22. Oktober 1906 angenommenen Ortsstatutes gestrichen werde. Der Artikel 6 des Ortsstatutes hat folgenden Wortlaut:

„Diejenigen Gebäude- und Grundbesitzer, welche die Abfuhr des Straßenkehrichts, der Asche und der Haushaltungsabfälle nicht durch die Stadt besorgen lassen wollen, müssen das bis zum 1. Januar jeden Jahres dem Bürgermeister schriftlich anzeigen; sie bleiben dann für das folgende Rechnungsjahr von der Zahlung der Beiträge befreit." Der Bezirksausschuß hat bekanntlich das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Ortsstatut, das diesen Artikel enthielt, nicht genehmigt. Die Angelegenheit wurde deshalb wieder dem Bauausschuß zur Beratung überwiesen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Beschluß vom 22. Oktober 1906 betreff Erlaß eines Ortsstatutes zur Regelung der Müllabfuhr mit Rücksicht auf das Schreiben des Haus- und Grundbesitzervereines aufzuheben. Das Ortsstatut tritt also nicht in Kraft.

12) Anderweite Kautionsbestellung des Stadtrentmeisters und Sparkassenrendanten Limbourg.

Die Stadtverordnetenversammlung ist damit einverstanden, daß von den 20 000 Mark der Kaution des Stadtrentmeisters 12 000 Mark auf eine erste Hypothek seines Hauses Königsallee 12 und der Rest auf andere Hypotheken entfällt.

13) Verfügung der Königl. Regierung betreffend Errichtung einer Rektorstelle bei den kathol. Schulen zu Rahser.

Vors.: Meine Herren! Die Regierung hat eine Verfügung hierher geschickt, in der sie zuvörderst den Bericht mitteilt, den der Regierungsrat Maskus über die Prüfung der katholischen Schulen in Rahser erstattet hat. Im Eingang des Berichtes heißt es: Die Unterrichtsräume reichen nicht aus. Dann heißt es weiter: Im Lehrkörper fehlt ein zielbewußtes, planmäßiges Zusammenarbeiten. Meines Erachtens ist das einzige Mittel die Schule in Rahser zu heben, die Verschmelzung beider Schulen zu einem 7stufigen System mit 2 nach Geschlechtern getrennten Oberklassen, an dessen Spitze ein Rektor gestellt werden soll. Nach dem Schreiben der Regierung soll sich der Ortsschulinspektor, Herr Dechant Strour, damit einverstanden erklärt haben, daß nur 2 nach Geschlechtern getrennte Oberklassen eingerichtet werden. Der Vorsitzende bemerkt, der Herr Dechant habe erklärt, das sei ein Mißverständnis der Regierung. Er habe sich nicht damit einverstanden erklärt. Der Vorsitzende führt weiter aus: Die Angelegenheit ist durch den städtischen Schulausschuß unter Hinzuziehung des Schulvorstandes von Rahser vorberaten worden. Vom Schulvorstand waren anwesend, der Herr Ortsschulinspektor Dechant Strour, Herr Hauptlehrer Davidts und Herr Mommers. Der Schulvorstand schlägt vor, von Ostern dieses Jahres ab, die Kinder der beiden Schulen in Rahser auf 9 Klassen zu verteilen und zwar soll der größte Teil des 1. Schuljahres Knaben und Mädchen in eine Klasse kommen, ebenso der übrige Teil des 1. Schuljahres und ein Teil des 2. Schuljahres Knaben und Mädchen in eine Klasse; ferner der übrige Teil des 2. Schuljahres Knaben und Mädchen ebenfalls in eine Klasse. Für die übrigen Schuljahre sollen sechs nach Geschlechtern getrennte Klassen errichtet werden und zwar für das 3. und 4., das 5. und 6., das 7. und 8. Schuljahr je eine Knabenklasse, und für das 3. und 4., das 5. und 6., das 7. und 8. Schuljahr je eine Mädchenklasse. Durch diese Einrichtung ist nach Ansicht des Vorsitzenden der Weg zu zwei 7stufigen Schulsystemen, ein Knaben- und ein Mädchenschulsystem, angebahnt. Der Schulvorstand hat diesen Antrag gestellt, der der Genehmigung der Regierung bedarf. Weiter soll die Stadtverordnetenversammlung die erforderlichen Mittel bewilligen für die Errichtung einer Rektorstelle bei den katholischen Schulen in Rahser. Ein Rektor erhält 100 M. mehr Gehalt als ein Hauptlehrer. Das Grundgehalt würde also 1750 Mk. betragen. Die Regierung hat allerdings, so fährt der Vorsitzende fort, beantragt, daß mit dem vorhandenen Schülermaterial ein 7stufiges System eingerichtet werden soll, das wäre uns möglich, wenn in mehreren Klassen die Geschlechter gemischt würden. Der Schulvorstand ist der Ansicht gewesen, daß man die Sache in der vorhin vorgeschlagenen Weise versuchen solle. Die Stadtverordnetenversammlung würde nur darüber zu befinden haben, ob das Gehalt für einen Rektor bewilligt werden soll.

Stadtv. Wentges betont, daß es sich hier um einen sehr weittragenden Antrag handle und bittet, daß in Zukunft die Begründung solcher Anträge seitens des Vorstandes den Stadtverordneten gedruckt zugehe. Weiter weist Redner darauf hin, daß der Herr Bürgermeister gesagt habe, der Ortsschulinspektor sei bei Beratung der Angelegenheit im Schulvorstand mit anwesend gewesen. Er frage deshalb den Vorsitzenden, ob der Herr Oberpfarrer den Antrag unterstützt habe.

Der Vorsitzende erklärt, der Herr Oberpfarrer habe keinen Widerspruch erhoben.

Stadtv. Wentges erklärt, er betone das, weil die Lokalinspektion für die Schule wegfalle, wo ein Rektor angestellt werde. Weiter fragt Redner, ob in Viersen ein Lehrer vorhanden sei, der das Rektorexamen gemacht habe.

Der Vorsitzende erwidert, die Regierung könne einem Hauptlehrer den Titel und die Befugnisse eines Rektors verleihen.

Stadtv. Wilden fragt an, ob der Beschluß, die Bewilligung des Rektorsgehalts zu beantragen, in der gemeinsamen Sitzung des Schulvorstandes mit dem Schulausschuß gefaßt worden sei.

Der Vorsitzende erklärt, daß das ohne Widerspruch geschehen sei.

Stadtv. Wilden: M. H.! Die Verhältnisse sind mir noch nicht ganz klar. Ich stimme dem Herrn Wentges bei, daß derartige Beschlüsse von weittragender Bedeutung sind. Wenn im Rahser eine Rektorstelle errichtet wird, werden wir auch in anderen Stadtteilen in kurzer Zeit diese Einrichtung treffen müssen. Denn soweit ich mich augenblicklich erinnere, liegen die Verhältnisse bei der Schule im mittleren Stadtteil und im Schultheißenhof ähnlich wie im Rahser. Wenn wir hier den Beschluß fassen, im Rahser einen Rektor anzustellen und wenn die Klassen so eingerichtet werden wie der Vorsitzende vorher ausführte, werden bald auch Anträge aus anderen Stadtteilen an uns herantreten. Ich wundere mich, daß der Beschluß im Schulvorstande so einstimmig gefaßt wurde, weil, was mir auch bekannt ist, bei Errichtung einer Rektorstelle die Ortsschulinspektion auf dem Rektor übergeht. Im Allgemeinen stehe ich auf dem Standpunkte, daß die geistliche Schulinspektion für uns (die Zentrumspartei) das Ideal ist. Auch in Bezug auf die Personenfrage könnten wir in Schwierigkeiten kommen, weil wir einen Herrn in Viersen haben, der das Rektorexamen gemacht hat. Dieser Herr könnte Anspruch auf die Rektorstelle im Rahser erheben, oder wenigstens beantragen, daß an seinem System dieselbe Einrichtung getroffen wird.

Der Vorsitzende betont nochmals, daß der Schulausschuß mit dem Schulvorstande zusammen den Antrag gestellt habe, daß an die Spitze der Schulen im Rahser ein Rektor gestellt werden.

Stadtv. Wilden ist der Meinung, daß dadurch augenblicklich keine Aenderung in Bezug auf Unterricht bei der Schule im Rahser eintrete, weil doch dort eine Hilfsklasse mit gemischtem Geschlechte vorhanden sei.

Der Vorsitzende erklärt, es trete eine andere Gliederung der Schule ein.

Stadtv. Wilden: Die oberen Stufen der Schule sind doch nach Geschlechtern getrennt.

Der Vorsitzende bejaht das

Stadtv. Schaub: Es scheint mir, daß die Sache eine besondere finanzielle wie prinzipielle Bedeutung hat. Ich sehe in dem neuen System absolut keinen Vorteil gegen das jetzige. Der Vorteil des neuen Systems tritt erst ein, wenn wir die Klassen trennen. Wenn der Antrag auf Einrichtung einer Rektorstelle zuerst für die innere Stadt gestellt worden wäre, würde ich das eher begreifen. Rahser liegt in so großer Entfernung ausgedehnt, daß wir nicht in der Lage sind, die Kinder alle in eine Schule gehen zu lassen. Ich muß sagen, die Sache ist nicht so einfach und ich bin nicht in der Lage, zu der Sache heute schon Stellung zu nehmen. Ich würde mir die Entscheidung vorbehalten.

Stadtv. Zahn: Wir haben die Sache im Schulausschuß sehr eingehend besprochen. Daß für Rahser eine Rektorstelle errichtet werden soll, ist nicht unser Vorschlag sondern Verfügung der Regierung. Diese Verfügung hat ihren Grund darin, daß bezl. der beiden vierklassigen Schulen im Rahser gesagt wurde, wenn wir sie zusammennehmen, reicht die Schülerzahl gerade aus, um ein siebenklassiges Schulsystem daraus zu machen. Vom Standpunkt des Schulunterrichtes ist nichts dagegen zu erinnern. Die siebenklassige Schule hat wesentliche Vorteile gegen das jetzige System. Gerade deshalb tritt die Verfügung der Regierung an uns heran. Wir haben die Sache eingehend besprochen. Die Ansichten gingen zum Teil dahin, daß man auf den Vorschlag der Regierung eingehen und Knaben und Mädchen vereinigen solle. Das wäre vom Standpunkte des Unterrichts aus ganz entschieden das Ideal. Das wurde auch allseitig anerkannt. Nun sind die Bewohner von Rahser seit Jahren gewohnt, daß Knaben und Mädchen für sich unterrichtet werden. Darum wurde auch vom Herrn Dechanten betont, daß es nicht wünschenswert sei, durch einen Strich mit dieser alten Gewohnheit zu brechen. Wir haben uns dann auch einstimmig darauf geeinigt, daß wir den ersten Jahrgang vom zweiten Jahrgang trennen, und von diesen beiden untersten Jahrgängen die Knaben und Mädchen zusammen tun. Dagegen wurden auch von keiner Seite die geringsten Bedenken erhoben. Dann wurde gesagt, wenn die Schulkinder sich im Rahser weiter vermehren, kann man auf diesem System nach dem Vorschlage der Regierung allmählig weiter aufbauen, statt mit einem Strich weitgehende Aenderungen eintreten zu lassen. Es ist also auf den Wunsch der Regierung teilweise eingegangen worden, und zwar ist das, soviel ich den Eindruck gewonnen, einstimmig getan worden. Es ist insofern gegen das bisherige System etwas anderes, als auf der untersten Stufe bisher Knaben und Mädchen getrennt waren. Nur in der Hilfsklasse im Notburgahaus sind in der ersten und zweiten Klasse Knaben und Mädchen zusammen. Wir haben dem Wunsche der Regierung entsprochen und gesagt, wenn beide Schulen zusammenarbeiten, ist es wünschenswert, daß beide Schulen einheitlich geleitet werden. Auch der Herr Dechant hat dagegen nicht das geringste Bedenken geltend gemacht.

Vors. weist auf den Unterschied zwischen in Klassen und Stufen eingeteilte Schulen hin.

Stadtv. Mengen spricht sich gegen das System aus, wie es jetzt im Rahser ins Leben treten soll.

Vors.: Ich verkenne nicht, daß der neue Vorschlag nicht dem Ideal der Regierung entspricht. Sie wünscht, daß in jeder Klasse ein Jahrgang sich befindet. Das wäre nur möglich, wenn auch die oberen Klassen gemischt wären. Der Herr Dechant hat dagegen die Einwendung erhoben, die Bevölkerung würde das ungern sehen. Da es auch noch andere Gründe dagegen gibt, kam der Vorschlag zustande, der den Stempel des Kompromisses an sich trägt. Der Kompromißvorschlag verwischt, was die Regierung wünscht. Er ist nur mit Rücksicht auf die Bedenken, die seitens des Ortsschulinspektors kund gegeben wurden, angenommen worden.

Stadtv. Mengen hält es für richtig, daß, wenn eine Veränderung der Volksschulen vorgenommen werden soll, diese gleich einheitlich durchgeführt werde. Wenn für den Schultheißenhof und die Schule im mittleren Stadtteil mehr Klassen nötig seien, möge die Organisation gleich richtig gemacht werden. Dem Redner scheint es sehr bedenklich, heute schon siebenklassige Schulen einzurichten.

Vors.: Es ist sehr richtig, wenn Herr Mengen sagt, wenn wir einmal ändern, soll ein System eingerichtet werden, das dauernden Wert hat. Das Ideal ist die siebenstufige Schule. Das läßt sich aber im Rahser nicht so ohne Weiteres durchführen, wenn nicht Knaben und Mädchen zusammen unterrichtet werden. Es läßt sich vielleicht in der Stadt machen. Es werden aber weite Wege zu machen sein. Ich bin auch dafür, daß die Einrichtung für die ganze Stadt gemacht wird, wenn einmal Veränderungen vorgenommen werden.

Stadtv. Schaub erwähnt, daß früher häufig gesagt worden sei, die Kinder im Rahser hätten sehr weite Entfernungen zur Schule zurückzulegen. Er wisse nicht, ob das heute noch der Fall sei. Wenn es noch heute so wäre, hält er es für besser, daß Kinder der Schule im Rahser entzogen.

Der Vorsitzende bemerkt, daß früher im Bezirk Krefelderstraße ein solcher Versuch gemacht worden sei. Man sei aber bei den Lokalschulinspektoren auf Widerstand gestoßen.

Stadtv. Peters: Ich möchte bemerken, daß bezügl. der Schulangelegenheit eine Klärung heute hier überhaupt noch nicht Platz gegriffen hat. Es bestehen bis jetzt vierstufige Schulen. Nun bekämen wir eine fünfstufige Schule. Ob das ein Vorteil ist, ist mir jetzt noch nicht klar. Eine siebenstufige Schule, wie sie die Regierung wünscht, hat, das ist nicht zu verkennen, in unterrichtlicher Beziehung Vorteile. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß dadurch die Lokalschulinspektion in anderer Weise geregelt werden soll. Die Lokalschulinspektion soll bei dem neuen System dem Rektor übertragen werden. Es ist nicht zu verkennen, daß der Einfluß der Geistlichen, den man für die Schule in Anspruch nehmen muß, wenn man auf dem Standpunkte der Konfessionsschule steht, durch diese Maßregel beschnitten wird. Man könnte sich darüber hinweg setzen, weil der Vertreter der Ortsschulinspektion Herr Dechant Strour gegen die neue Einrichtung keine Bedenken hat, wie Herr Zahn gesagt hat. Da die Sache aber noch unklar ist, möchte ich doch beantragen, daß die Beschlußfassung in dieser Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt wird.

Stadt. Hilgers: Es ist bis jetzt noch von keiner Seite darauf hingewiesen worden, daß nach dem neuen preußischen Schulgesetz, das am 1. April in Kraft tritt, in Städten wie Viersen Schuldeputationen geschaffen und siebenstufige Systeme mit einem Rektor eingerichtet werden sollen. Es ist keine Frage, daß wir dahin kommen, in dieser Richtung zu arbeiten. Ob wir mit Rahser beginnen sollen, ist eine andere Frage. Aber mit dem nächsten Jahre werden wir uns mit der Sache befassen müssen. Das Gesetz schreibt eben vom 1. April ab Rektoren, Schuldeputationen und Wegfall der geistlichen Schulinspektoren vor. Mit dieser Tatsache müssen sich auch diejenigen befreunden, die heute Anhänger der geistlichen Schulinspektion sind.

Vors.: Ich war früher der Ansicht, daß wir hier möglichst auf vierstufige Schulsysteme hinstreben, damit bei Verzug die Kinder immer in die richtige Klasse eingeordnet werden können. Die Verhältnisse sind jetzt anders geworden. Ich glaube, daß der Zeitpunkt herankommt, dieses System zu verlassen und statt vierstufige siebenstufige Schulen einzurichten. Ich stehe bis jetzt diesen Schulverhältnissen verhältnismäßig fremd gegenüber. Es wäre meiner Ansicht nach ganz richtig, wenn Sie sagen würden, mit Rücksicht auf das neue Schulgesetz wollen wir die ganze Organisation unserer Schulen auf einer breiten gesunden Unterlage aufbauen. Ich will nicht sagen, daß das jetzige vierstufige System ungesund ist. Deshalb wird es nötig sein, daß wir uns über die ganze Sache genau unterrichten. Es wäre zweckmäßig, wenn die ganze Angelegenheit an den Schulausschuß zurückverwiesen und unter Zuziehung des Kreis- und Ortsschulinspektors die Regelung der gesamten Schulverhältnisse der Gemeinde besprochen würde. Es ist klar, wenn die Regierung diese Aenderung für Rahser vorschlägt, so wird sie auch für die Stadt vorschlagen, möglichst überall siebenstufige Schulen zu gründen. Wenn wir von vornherein einen Plan machen und sagen, nach diesem Plan wollen wir arbeiten, so wird das gut sein. Darüber müssen wir uns klar sein, daß die Regierung nicht aus irgendwelchem Anlaß allein diesen Antrag gestellt hat.

Stadtv. Wilden: Ich glaube, daß die Diskussion eine sehr große Einstimmigkeit in Bezug auf diese Vorlage unter uns herbeigeführt hat. Herr Peters beantragt, die Beschlußfassung bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Soviel ich mich erinnere, will die Regierung bis zum 15. März eine Entscheidung von uns haben. Ich glaube nicht, daß wir uns auf 14 Tage festlegen dürfen, um eine so überaus bedeutende Frage endgültig zu entscheiden. Ich halte es für praktisch, wenn wir für das Rechnungsjahr 1907 davon Abstand nehmen, dem Wunsche der Regierung nachzukommen. Ich bitte, die Angelegenheit dem Schulausschuß zu überweisen, der die ganze Frage im Einvernehmen mit dem Kreis- und Ortsschulinspektor beraten soll, damit wir für das Jahr 1908 gute Unterlagen haben, wenn das neue Gesetz in Kraft tritt.

Stadtv. Mengen: Ich bin mit dem, was Herr Wilden ausführte, vollständig einverstanden. Ich glaube, die Regierung wird nichts dagegen einwenden, wenn wir sagen, daß wir ihr einen Vorschlag machen wollen, wie wir unsere ganzen Schulverhältnisse dem neuen System anpassen wollen.

Vors.: Es scheint mir auch, daß es richtig ist, daß wir die ganze Angelegenheit an den Schulausschuß zurückverweisen. Ich werde an die Regierung berichtigen, daß es uns nicht möglich wäre, die Sache bis zum 15. März zu regeln. Wir müssen erst wissen, wie die ganze Angelegenheit zu machen ist. Das läßt sich nicht übers Knie abbrechen. Darüber müssen wir noch mehr wie eine Sitzung halten. Deshalb möchte ich es für Recht halten, daß der Antrag Peters dahin erweitert wird: die Angelegenheit wird dem Schulausschuß zur nochmaligen Beratung zurückverwiesen.

Stadtv. Peters erklärt sich damit einverstanden.

Stadtv. Wilden: Wollen Sie nicht hinzufügen, unter Zuziehung des Ortsschulinspektors.

Vors.: Das tue ich von selbst.

Die Angelegenheit wird an den Schulausschuß zurückverwiesen.

Der Vorsitzende teilt noch mit, daß die Vierstädtebahn für die Gewerbesteuer zum Satze von 300 M. veranlagt sei. Dieser Betrag werde nach Maßgabe der Anteile an der Bahn auf die Stadt Gladbach, Viersen und Dülken verteilt. Der Oberbürgermeister von Gladbach teilte dem Vorsitzenden mit, bei der Verteilung wäre Gladbach-Land noch nicht berücksichtigt. Weiter schlägt der Oberbürgermeister vor, von der Erhebung der geringen Steuer überhaupt Abstand zu nehmen.

Die Stadtverordneten-Versammlung ist damit einverstanden, daß von einer Erhebung der Steuer abgesehen wird, da die Stadt den Betrag ja doch wieder an die Bahngemeinschaft zurückzuzahlen hat.

Stadtv. Genenger klagt, daß es sehr schwer sei, auf der Gladbacher Chaussee mit Fuhrwerken über die Geleise zu fahren, namentlich mache sich dieser Mißstand an den Wechselstellen geltend. Redner regt an, daß ein Streifen neben den Geleisen gepflastert werde.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß das sehr viel kosten würde, erklärt sich aber bereit, mit dem Betriebsamt in Verbindung zu treten.

Stadtv. Togrund führt Beschwerde über den schlechten Zustand der Gladbacher Chaussee zwischen den Bergen.

Schluß der Sitzung kurz nach 7 Uhr.

Viersen und Umgegend.

Viersen, den 26. Februar.

† Verlagsänderung. In der gestern stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft für Druck und Verlag, G. m. b. H. hier, wurde unter Anderem beschlossen, die „Süchtelner Zeitung" käuflich zu erwerben und die Süchtelner Volkszeitung damit zu vereinigen. Die „Süchtelner Zeitung" wird vom 1. März ab täglich erscheinen. Die Redaktion und geschäftliche Leitung für Süchteln übernimmt Herr Stadtverordneter und Buchdruckereibesitzer Jos. Thelen.

† Kirchliches. Von morgen ab findet Mittwochs abends 7½ Uhr in der St. Josefskirche hier vier Wochen lang eine Josefsandacht mit Predigt statt.

= Siegesfeier. Die kleine lustige Garnison Ober-Rahser veranstaltete am Samstagabend im Lokale „Große Holtfort" ein Fest, um die am Rosenmontag gewonnenen Siege zu feiern. Der Generaloberst dankte sämtlichen Offizieren und Mannschaften für die Ehre, die sie ihm am Rosenmontag zu teil werden ließen. Dann ließ er ein Hoch auf seinen tapferen und treuen Kommandanten ausbringen, der ihm so treu zur Seite gestanden habe. Hiermit ergriff der Kommandant Holtfort das Wort. Er erinnerte die jungen Krieger, welche noch nicht dem Kaiser gedient haben, zu eine ernste Dienstzeit und legte es ihnen warm ans Herz, auch dann, wenn sie einmal im Ernste auf dem Kriegsfelde ständen, Sr. Majestät Tapferkeit und Treue zu beweisen, wie sie es am Rosenmontag der kleinen Garnison gezeigt hätten. Auch erinnerte er an das nächste Jahr, daß ein Jeder seine Kühnheit und Tapferkeit bewahre und man dann sagen könne: „Heraus mit die Nopper, heraus mit dem Feind, wir führen die Rechte, wir stehn sturmbereit!" Ein stürmisches Bravo lohnte die begeisternden Worte. Der Abend endete mit einem von dem Schriftführer Schürgens ausgebrachten Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in welches alle begeistert einstimmten.

— Der Detaillisten-Verband von Rheinland und Westfalen wird am Mittwoch, 27. Februar in Krefeld, Hotel Beltz, Friedrichstraße 2, seinen diesjährigen Verbandstag abhalten. Von den einzelnen Punkten der Tagesordnung seien nur erwähnt: Die Konventionen der Fabrikanten und Grossisten — Postscheckverkehr — Die Gründung von Detaillistenbanken — sodaß auf einen anregenden Verlauf der Versammlung geschlossen werden darf.

— Die Theatergesellschaft „Germania"-Helenabrunn errang am Sonntag auf dem Theater-Wettstreit zu Rheydt in Klasse 1b unter starker Konkurrenz den 3. Preis. Wie wir vernehmen, beabsichtigt die Gesellschaft im September d. J. das Fest ihrer Fahnenweihe, verbunden mit großem nationalen Theaterwettstreit zu veranstalten.

—* Der Theaterverein Freundschaftsbund von hier errang auf dem großen Theater-Wettstreit in Rheydt, woran sich 17 Vereine beteiligten, in der 1. Klasse a den 2. Preis und der Regisseur des Vereins, Herr Heinrich Robertz aus Süchteln, den 1. Herren-Charakterpreis.

Witterungs-Beobachtung.

Höchste Tagestemperatur am 24. Febr. 4 ° C üb. Null
„ „ „ 25. „ 7 ° C „ „
Tiefste Nachttemperatur in der Nacht von 24. Febr. zum 25. Febr.: 0 ° C unt. Null
„ „ „ „ „ 25. „ „ 26. Febr. 4 ° C über „
Barometerstand am 25. Febr.: Morgens 763 mm
„ „ 26. „ „ 771 „

Vieh- und Schlachterzeugnisse.

* Kempen, 24. Febr. Der auf vergangenen Mittwoch angesetzte Viehmarkt mußte wegen des schlechten Wetters ausfallen. Der nächste Markt findet am Mittwoch, 6. März statt.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlich: für den redaktionellen Teil M. Haugg; für den Reklame- und Anzeigenteil J. J. Keller, beide in Viersen.
Sprechstunde der Redaktion: an Wochentagen von 10—11 Uhr vormittags.

Neu eröffnet. **Neu eröffnet.**

Katzenstein & Co. Viersen

Hauptstrasse 137|139.

Zur bevorstehenden Kommunion und Konfirmation

empfehlen wir aus unseren großen Spezial-Abteilungen in **überwältigender Auswahl:**

Kleiderstoffe, nur solide Qualitäten, schwarz, weiß und farbig, elegante Webarten, per Meter 3,80, 3,20, 2,65, 2,10, 1,75, 1,45 bis **85** Pfg.

Kränze, hübsche Formen, 4,60, 3,50, 2,40, 1,80 bis **90** Pfg.

Weisse und farbige Unterröcke, Hemden, Beinkleider, Korsetts in reichen Sortimenten vorrätig.

Schwarze und farbige Jacketts für jüngere Mädchen in eleganten Fassons, 14, 12, 9, 7 bis **4,80.**

Schwarze Anzüge, aus prima Kammgarn-, Drape u. Cheviot-Stoffen, elegant sitzend, **28,—, 24,—, 21,— , 19,—, 16,—** bis **12,—.**

Faltenhemden, Chemisettes, Kragen, Manschetten, Kravatten und Hosenträger in großer Auswahl, sehr preiswert.

Handschuhe für Mädchen in Glace u. Stoff nur haltbare Qualitäten.

Die Anzüge sind zum größten Teil aus eigenen Stoffen selbst gefertigt und zeichnen sich durch hervorragenden Sitz und gutes Tragen aus.

Riesige Auswahl in Damen-Konfektion

wie Jackenkleider, Jackets, Kragen, Mäntel, Kostüm-Röcke und -Blusen.

Herren-Anzüge, Frühjahrs-Paletots, Hosen, Burschen-Anzüge, Knaben-Anzüge und Hosen.

Wir machen ganz besonders auf unser vorzügliches Rabatt-System aufmerksam. 692

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme, die uns anlässlich des Ablebens unseres Familienhauptes wurden, sagen wir unsern 681

tiefgefühlten Dank.

Familie Elkan.

Tapeten!

Nach Fertigstellung eines **neuen, großen Lagerhauses** beim Geschäftslokale **Hauptstraße 25** habe ich eine

besondere Abteilung in Tapeten für Lager und Verkauf

hergerichtet, welche mich in den Stand setzt, in Bezug auf Reichhaltigkeit der Auswahl mehr denn je zu bieten. Sowohl die **billigsten,** als **mittleren** und **feinsten Genres** sind entsprechend berücksichtigt.

Musterkarten stehen zu Diensten. 628

Joh. Peters senr.

Petersstrasse 18. VIERSEN Hauptstrasse 25.

Telefon 151.

Echte Mennikendammer Bratbückinge

empfiehlt 685

„Zur guten Quelle,"

Hauptstraße 18.

Ein Spülstein

zu kaufen gesucht. 684

Zu erfragen in der Exp. d. Ztg.

Zwei Herren erhalten 683

Kost u. Logies.

Wo sagt die Exped. dsr. Ztg.

Großer, kräftiger b

Hausknecht

vom Lande, von 22–25 Jahren in eine Schenkwirtschaft gesucht.

Joh. Biltjes,

Meerbeck, Station Mörs a. Rh.

Für ein hiesiges Geschäft wird ein

Mann

gesucht, d. an 2 Wochentagen **Reisetouren** übernehmen kann. Kundsch. ist größtenteils vorhanden. Gefl. Off. u. WR 800 an die Exped. erbeten.

Mädchen.

Suche per 1. März für meinen kleinen Haushalt ein kath. properes junges **Mädchen.** Etwas Erfahrung im Kochen und Haushalt erwünscht. Lohn ohne Wäsche 20 Mk. Reisekosten für persönliche Vorstellung werden vergütet.

Frau F. Fischer, Düsseldorf, b Kölnerstraße 242.

Kochlehrfräulein

gesucht. 665

Hotel z. wild. Mann Krefeld.

Rotglöcklein.

Vergeßt doch nicht der **800 armen verlassenen Kinder** des St. Katharinenstiftes! Ihre Not ist **überaus groß!** —

Hundertfach lohnt der Heiland in der Krippe.

Schw. M. Ildefonsa Kopl,

Priorin,

Berlin, N. O. 55,

Greifswalderstr. 18. 4087

---

100 seltene Briefmarken! v. China, Haiti, Kongo, Kreta, Peru, Siam, Sudwest etc. alle verschied. — nur echt — nur 1 Mk. Briefmarken-Lager A. Nagel, Braunschweig.

Goldene Damenuhr

verloren vom Altermarkt, Göterstraße bis zur Bahnhofstr. b

Wiederbringer erhält Belohnung

Abzugeben **Dülkenerstr. 26a.**

Gewerbeschullehrerinnen.

Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat Vorschriften über die Ausbildung von **Gewerbeschullehrerinnen** erlassen, die auf dem Bürgermeisteramt, Zimmer Nr. 7, eingesehen werden können.

Viersen, den 23. Februar 1907.

Der Bürgermeister: **Stern.**

Herdersche Verlagshandlung Freiburg im Breisgau.

Staatslexikon.

Zweite, neubearbeitete Auflage. Unter Mitwirkung von Fachmännern herausgegeben im Auftrage der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland von Dr. **Julius Bachem,** Rechtsanwalt in Köln.

Fünf Bände (Lex.-8°) mit zusammen XXIV S. und 7276 Sp. Text. Mk. 67.50; geb. in Original-Halbfranzbänden Mk. 82.50.

Die Neuauflage des Staatslexikons ist als musterhaftes staatswissenschaftliches Nachschlagewerk und zugleich als ein modernes Werk, das stets und überall die realen Verhältnisse der Gegenwart berücksichtigt, auch von Organen anderer politischer Richtung anerkannt worden.

Mit Freuden ist daher zu begrüßen, daß wir ein Werk besitzen, das dem modernen Staate Rechnung trägt, ohne dabei irgend ein katholisches Prinzip aufzugeben oder zu verletzen. So wird es zum Wegweiser für den modernen Politiker, der dem modernen Staate gegenübersteht, der in demselben und mit demselben Realpolitik treiben muß, wenn er überhaupt etwas erreichen will.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen. 593

Tip Top

bezeichnen die Hausfrauen 157

Reeses 5 Pfg.-Backpulver wegen höchst. Triebkraft.

Reeses Spar-Puddingpulver, weil delikat im Geschmack.

Reeses Vanillinzucker, weil allgemein beliebt und billig.

Palmin

Feinstes Pflanzenfett zum Kochen, braten u. backen

Bücher-Revisionen,

Bilanzen, Finanzierungen, Außergerichtl. Vergleiche, Kaufmännische Verträge:

Johann Carl Pütz

für d. Gerichte d. Landgerichtsbezirke **Krefeld** und **Düsseldorf** beeidigter Sachverständiger

Krefeld, 585

Fernspr. 71 Moerserstr. 58

---

4 guterhaltene

Billards

mit sämtlichem Zubehör zu verkaufen. 665

Hotel z. wild. Mann Krefeld.

Bims die Händ mit Abrador

Aktiengesellschaft „Erholung", Viersen,

gegründet 1877 Telefon Nr. 118

empfiehlt ihre reingehaltenen

Weine.

Preisliste beim Oekonomen zu haben.

Lehrmädchen oder Lehrling

gegen sofortige Vergütung zu Ostern gesucht. 657

Kaufhaus S. Strauss.

Nur echte **Henkel's Bleich-Soda**

Garantirt chlorfrei

gibt u. hält blendend weisse Wäsche

Selbständige

Couleurfärber und Färbergesellen

gesucht. 684

C. A. Köttgen, Krefeld.

Holzkohlen

in Partien von ½ bis 15 Centr. mit Säcke abzugeb.

Näheres in der Expedition der Viersener Volkszeitung. 644

Flechten

nässe. und trockene Schuppenflechte, skroph. Ekzema, Hautausschläge, **offene Füsse** Beinschäden, Beingeschwüre, Aderbeine, böse Finger, alte Wunden sind oft hartnäckig:

wer bisher vergeblich hoffte geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der bestens bewährten

RINO-SALBE

frei von Gift u. Säure, Dose Mk. 1.— Dankschreiben gehen täglich ein.

Waschs, Hagebutten je 1 A, Veilchen 20 Hamamelis, Veron. Tropf., Kampferspiritus, Perubalsam je 4, Myrrh 20, Chrysarobin 0,5. Zu haben in den Apotheken.

Man achte genau auf die Original-packung weiss-grün-rot und Firma Rich. Schubert & Co., Wachsbleiche, und weise Fläschungen zurück